

Dezernent fordert härtere Strafen

Gewalt gegen Rettungskräfte

VON MICHAEL RABBA

Bremerhaven. Polizisten, Rettungssanitäter und Feuerwehrräfte sehen sich zunehmend körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt. Auch in Bremerhaven ist dies ein immer größer werdendes Problem, betont der dortige Dezernent der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, Jörn Hoffmann. Seit 2015 seien 16 Fälle von Körperverletzungen gegen Helfer der Berufsfeuerwehr verzeichnet worden. Darunter seien sehr schwere Fälle. Hoffmann weist auf einen Feuerwehrrang hin, der im April 2017 bei einem Hilfeinsatz so schwer verletzt wurde, dass er bis heute dienstunfähig sei.

Der Zivilprozess gegen den mutmaßlichen Täter sollte am Montag vor dem Landgericht Bremen beginnen. Zahlreiche Feuerwehrleute waren dem Aufruf der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeUG) gefolgt und hatten sich vor dem Gerichtsgebäude versammelt, um dem Betroffenen beizustehen, wie es DFeUG-Sprecher René Dreimann in einer Mitteilung beschrieb. Die Verhandlung sei dann zwar vertagt worden, das Gericht habe aber ein großes öffentliches Interesse festgestellt und den neuen Verhandlungstermin in einem größeren Gerichtssaal angekündigt.

„Respekt sowie die Achtung und Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften, die in ihrer täglichen Arbeit vor Gefahren, Verletzungen und Gewalt schützen, sollten in einer sich respektierenden und auf gemeinsamen Werten aufbauenden Gesellschaft selbstverständlich sein“, so Hoffmann. Doch leider gehörten körperliche Angriffe sowie Beschimpfungen und Beleidigungen von Einsatzkräften mittlerweile zu deren Alltag. Immer häufiger führten „blinde Wut“ und Aggressionen zu Übergriffen. Betroffene Kollegen würden dabei nicht nur körperlich, sondern oftmals auch seelisch verletzt. Hoffmann: „Das sind furchtbare und nicht hinnehmbare Taten gegenüber helfenden Einsatzkräften, die ich zutiefst verurteile.“ Er fordert eine konsequente Ermittlung der Täter, eine „entschlossene Strafverfolgung“ und eine härtere Bestrafung „bis hin zu Gefängnisaufenthalt“. Jeder Übergriff werde zur Anzeige gebracht.

Auch Axel Seemann, Vorsitzender der DFeUG Bremen, fordert, „Nulltoleranz von Seiten der Ermittlungsbehörden“. Es könne „nicht angehen, dass Täter ungestraft davonkommen, wenn sie Helfer ins Krankenhaus befördern“. Bei tätlichen Angriffen betrage das Strafmaß drei Monate bis fünf Jahre Haft. Seemann: „Wir wünschen uns, dass dies konsequent umgesetzt wird.“

Wer selbst keine Hilfe leistet, sondern Hilfeleistungen anderer behindert, „muss dringend verfolgt werden“, sagt Hoffmann. Er betont, dass die Einsatzkräfte trotz ihrem Dienst gewissenhaft ausüben werden: „Wer in Bremerhaven lebt, kann sich unabhängig von der persönlichen Situation und den individuellen finanziellen Verhältnissen auf die hoch qualifizierte Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten verlassen.“

BAUARBEITEN

Bagger stößt auf Bunker

Bremerhaven. Auf der Baufläche für die Erweiterung des Havenhostels in Bremerhaven ist in der vergangenen Woche ein Bagger auf die Betonfläche eines unterirdischen Bunkers gestoßen. Laut Hostelbesitzer Jens Grotelüsche soll die ausgegrabene Fläche etwa zehn bis zwölf Meter groß sein. „Der Bunker stammt vermutlich aus dem Zweiten Weltkrieg“, sagt Grotelüsche. „Wahrscheinlich wurde der unterirdische Bunker in den 1950er- oder 1960er-Jahren von den Amerikanern in der Besatzungszeit verschlossen.“ Wie tief der Erd bunker reicht, ist bislang noch unklar. Auch der Eingang des Bunkers wurde bisher noch nicht entdeckt. EMA

WASSERROHRBRUCH

700 Haushalte betroffen

Bremen. Nach dem Bruch eines Wasserrohrs in der Vahr in der Nacht zu Dienstag waren zeitweise rund 700 Haushalte in der Heinrich-Schulz-Straße und der Paul-Singer-Straße ohne Wasser. Die Reparaturarbeiten dauerten bis zum frühen Dienstagabend, dann waren laut SWB alle Haushalte wieder mit Wasser versorgt. EMA

Der Sinn des Schwebens

Verkehrsplaner Heiner Monheim erklärt Aspekte rund um die Seilbahn

VON NINA WILLBORN

Bremen. Über Sinn oder Unsinn einer Seilbahn als Entlastung für den Verkehr in der Überseestadt diskutieren viele Bremer, seitdem Wirtschaftsstaatsrat Ekkehard Sieling (SPD) Ende vergangener Woche öffentlich über die geplante Machbarkeitsstudie gesprochen hatte (wir berichteten). Einer, der sich seit mehr als 15 Jahren mit dem Thema Seilbahn als Teil des Verkehrssystems in Innenstädten beschäftigt, ist Stadt- und Verkehrsplaner Heiner Monheim. Der emeritierte Professor der Universität Trier ist Geschäftsführer des Instituts für Raumentwicklung und Kommunikation und begleitet unter anderem die Seilbahn-Projekte in Koblenz (seit 2010 realisiert) und Bonn (in Planung). Monheim sagt: „Auch in Bremen könnte eine Seilbahn sinnvoll sein. Aufgrund seiner Lage mit Fluss und Hafen sollte sich die Stadt mit dem Thema auseinandersetzen.“ Der Experte erklärt verschiedene Aspekte des bisher in Deutschland noch unüblichen Verkehrsmittels.

Schnelle Realisierung: Während neue Straßenbahnen vom Plan bis Betriebsfreigabe nach Monheims Erfahrungen durchschnittlich eher 15 Jahre dauern können, sind Seilbahnen wesentlich schneller realisiert. Monheim: „In Koblenz hat man 13 Monate gebraucht, in Berlin 14 oder 15. Die spezifische Stärke von Seilbahnen ist, dass sie relativ wenig Infrastruktur brauchen.“ Entsprechend günstiger sind die Baukosten und aufgrund eines geringeren Personalbedarfs auch später im Betrieb. Die größte technische und planerische Herausforderung besteht darin, genügend passende Plätze für die Bodenstationen zu finden.

Wenig Wartezeit, kein Stau: Umlauf-Seilbahnen funktionieren nach dem Paternoster-Prinzip, sie können anders als Busse nicht von anderen Verkehrsmitteln oder Ampeln ausgebremst werden. Monheim: „Sie können im

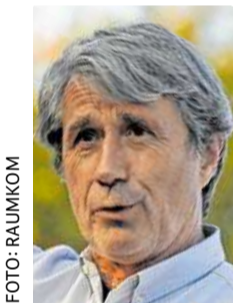


FOTO: RAUMKOM

„Ich bin kein Seilbahn-Fetischist. Ich plane genauso gerne Radwege.“

Heiner Monheim, Verkehrsplaner

30-Sekunden-Takt fahren. Das ist eine wahn sinnige Qualität im öffentlichen Nahverkehr.“ Auch geografische Gegebenheiten (Flüsse, Berge, Bahntrassen, Autobahnen) sind anders als bei terrestrischen Verkehrsmitteln keine Hindernisse. „Je nach Zahl und Größe der Gondeln kann man pro Stunde mindestens 3000 Personen transportieren“, sagt Monheim. „Hochleistungsseilbahnen schaffen bis zu 7000 Fahrgäste pro Stunde. Das ist dann vergleichbar mit der Leistungsfähigkeit von Straßenbahnen.“

Ergänzung zum ÖPNV: „Seilbahnen können helfen, Verkehrsprobleme zu lösen“, sagt Monheim. Anders als bei Projekten wie in Berlin oder Koblenz, wo die Seilbahnen zunächst als privatwirtschaftlich betriebene Investitionen anlässlich von Internationaler Gartenausstellung und Bundesgartenschau errichtet wurden, würde sie in Bremen als Teil des öffentlichen Personen-Nahverkehrs geplant. Dieser Aspekt ist entscheidend dafür, eine Seilbahn als „Bahn besonderer Bauart“ mit öffentlichen Mitteln fördern zu können. „Wenn sie in den ÖPNV integriert werden soll, muss zunächst geprüft werden, welche Lücken im Schienennetz mit einer Seilbahn abgedeckt werden können“, sagt Monheim. Integration in den ÖPNV bedeutet, dass es unter anderem dessen Betriebszeiten und Tarife gelten und dass Anschlüsse gewährleistet sind. „In einem Verkehrswende-Konzept können urbane Seilbahnen Trümpfe werden.“

Sicherheit: Seilbahnen gelten als eines der sichersten Verkehrsmittel der Welt. Laut einer Studie des statistischen Bundesamtes Wiesbaden von 2011 haben sie durchschnittlich einen Unfall auf 17,1 Millionen Kilometer Strecke, eine Straßenbahn dagegen einen auf



Die Berliner Seilbahn wurde für die Internationale Gartenausstellung 2017 gebaut. Technisch gesehen ist sie eine „Einseil-Umlaufbahn“. FOTO: JÖRG CARSTENSEN/DPA

225 000 Kilometern. Monheim: „Etwas anders ist das bei der subjektiven Sicherheit, da kann Höhenangst eine Rolle spielen.“

Nachteile und Gegenargumente: Seilbahnen sind nur auf Strecken von ein bis rund sieben Kilometern sinnvoll, auf längeren Strecken sind Busse und Bahnen schneller. Außerdem

können sie weniger Haltestellen anfahren, die Stationen brauchen Platz und die Strecke darf nur bedingt Kurven enthalten. Häufig formiert sich Protest, wenn die Gondeln über Wohngebieten schweben sollen oder, wie zurzeit in Wuppertal, Buslinien angepasst werden. Monheim: „Da muss man bei Konzept und Streckenplanung aufpassen.“

Die meistgelesenen Texte auf www.weser-kurier.de

Zeitraum: 6 bis 19 Uhr des Vortags



1. Die Germania-Pleite und die Folgen für den Bremer Airport
2. Bremen übernimmt die Brebau
3. Wasserrohrbruch in der Vahr: Alle Haushalte sind wieder versorgt
4. Der Müll, die Stadt – und was nun?
5. Unterirdischer Weltkriegsbunker in Bremerhaven entdeckt

Zusätzliche Mittel für Horner Bad

Zwei Millionen Euro mehr

Bremen. Der Senat stellt ungefähr zwei Millionen Euro mehr für den Neu- und Umbau des Horner Bades zur Verfügung. Dem wurde am Dienstag in der Sportdeputation zugestimmt. Notwendige Änderungen an der Bauplanung sowie die Vorsorge für mögliche Kostensteigerungen haben dazu geführt. Zuletzt waren 25,39 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt worden, mit seinem Beschluss vom 29. Januar hat der Senat diesen Betrag auf 27,37 Millionen aufgestockt.

Allein ein Drittel (614 000 Euro) macht dabei eine Reserve für Unvorhergesehenes aus, die das Finanzressort nach Prüfung der Unterlagen empfiehlt. Angesichts nach wie vor steigender Baukosten könnten weitere 653 000 Euro notwendig werden, weil sich der Baubeginn um mehrere Monate auf das Frühjahr 2019 verzögert, erklärt Bernd Schneider, Pressesprecher bei der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport. Weitere Forderungen der Feuerwehr zum Brandschutz summieren sich nach eigenen Angaben auf 295 000 Euro. Die geänderte Verkehrserschließung über die Spittaler Straße, der Baumschutz auf dem Freibadgelände sowie Veränderungen an technischen Anlagen schlagen mit weiteren rund 400 000 Euro zu Buche.

„Niemand ist glücklich, wenn ihm gesagt wird, dass er voraussichtlich mehr Geld brauchen wird als er ursprünglich veranschlagt hat“, sagt Jan Fries, Staatsrat bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie Aufsichtsratsvorsitzender der Bremer Bäder GmbH. Er gehe aber davon aus, dass damit auch „unangenehme Überraschungen“ geschultert werden könnten. MAA

Geld für Sanierung öffentlicher Gebäude

Bremen. Das Gebäudesanierungsprogramm der Stadt umfasst dieses Jahr 30,1 Millionen Euro. Das hat der Senat bei seiner Sitzung am Dienstag beschlossen. Darin enthalten sind 1,5 Millionen Euro sogenannte Grundausrüstung, aus denen Sofortmaßnahmen bezahlt werden, ungefähr 4,5 Millionen Euro Planungsmittel, 5,3 Millionen Euro für zusätzliche Kosten zur Weiterführung beschlossener Maßnahmen und circa 18,8 Millionen Euro für neue Vorhaben.

Die Schwerpunkte der Baumaßnahmen liegen wie in den Vorjahren im Bereich Bildung und bei der Sanierung der Justizvollzugsanstalt an der Sonnemannstraße in Oslebshausen. Der größte Einzelposten schlägt mit 6,08 Millionen Euro durch die Sanierung und den Umbau des Lazarettgebäudes der JVA zu Buche. Weitere 5,6 Millionen werden nach Angaben des Finanzressorts für die Sanierung der denkmalgeschützten Außenmauer der JVA benötigt.

Neue Projekte sind unter anderem die Turnhallensanierung an der Oberschule Sebaldsbrück (2,04 Millionen Euro, ergänzt um zwei Millionen Euro Bundesmittel) und die Dach- und Brandschutzsanierung des Schulzentrums Bördestraße in Burglesum (1,78 Millionen Euro). Die Schule an der Wigmodistraße in Blumenthal bekommt einen Mobilbauersatz und wird zur Ganztagschule ausgebaut (1,57 Millionen Euro). Für die Oberschule an der Lehmhorster Straße in Blumenthal stehen für die Erweiterung der Verwaltung, einen Aufzug und die Lehrküche etwa 947 000 Euro zur Verfügung. Im Kindertagesheim Löwenzahl an der Schleswiger Straße in Walle werden 748 000 Euro für die Schadstoffsanierung der Außenanlagen investiert. MAA

Krisensitzung der Jüdischen Gemeinde

Interner Konflikt um Finanzen ruft Zentralrat auf den Plan und soll nun beigelegt werden

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Die Jüdische Gemeinde kommt nicht zur Ruhe, nachdem es im vergangenen Jahr wegen eines Streits über die Finanzen schwere interne Verwerfungen gegeben hat. Gegenseitige Anschuldigungen sind seitdem an der Tagesordnung. In einem Fall führte das zum Hausverbot für die Gemeinderäume. Mit einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wollen Präsidium und Landesrabbiner am kommenden Sonntag einen Versuch unternehmen, den Konflikt zu befrieden. „Ziel ist,

wieder Ruhe und Frieden in die Gemeinde einkehren zu lassen“, heißt es in der Einladung an die Mitglieder.

Bei der turnusmäßigen Überprüfung von Ausgaben und Einnahmen im Haushalt für das Jahr 2017 haben die beiden von der Gemeinde gewählten Revisoren nach ihrer Darstellung Unregelmäßigkeiten entdeckt. Sie verweigerten Vorstand und Präsidium daraufhin die Entlastung. In der Folge übernahm Landesrabbiner Netanel Teitelbaum die Geschäfte. Außerdem war der Zentralrat der Juden in Deutschland eingeschaltet worden. Er

ließ die Bücher der Gemeinde durchleuchten und gab eine eigene Einschätzung ab. Auf dieser Grundlage sollen die Mitglieder am Sonntag über die Entlastung ihrer Gremien entscheiden.

In einer Pressemitteilung der Gemeinde wird aus dem Prüfergebnis des Zentralrats zitiert: „Auf Basis der von uns durchgeführten Stichproben sowie der erteilten Auskünfte können wir die Aussage treffen, dass die Geschäftsvorfälle des Jahres 2017 in der Buchhaltung vollständig und korrekt erfasst worden sind.“ Dieser Aussage stünden auch die

aufgeführten Mängel nicht entgegen. Sie bezögen sich in erster Linie auf eine eingeschränkte Transparenz und Aussagefähigkeit einzelner Zahlen. „Das Ergebnis der Jahresrechnung wird hierdurch aber nicht beeinflusst.“

Die Jüdische Gemeinde finanziert sich wesentlich durch Zuwendungen des Landes Bremen. Basis dafür ist ein Staatsvertrag aus dem Jahr 2001. Darin heißt es unter anderem, dass die Jüdische Gemeinde „dem Land gegenüber Verantwortung für eine zweckentsprechende Verwendung der Landesleistung trägt“.